

[Download] Die Bedeutung des EG-Beihilfenrechts fr wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungsentscheidungen: Eine Untersuchung am Beispiel ... Universitaires Europennes) (German Edition)

Die Bedeutung des EG-Beihilfenrechts fr wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungsentscheidungen: Eine Untersuchung am Beispiel ... Universitaires Europennes) (German Edition)

Nils Benjamin Plenge
DOC | *audiobook | ebooks | Download PDF | ePub

Europäische Hochschulschriften



Nils Plenge

Die Bedeutung des
EG-Beihilfenrechts für
wirtschaftsverwaltungsrechtliche
Genehmigungsentscheidungen



PETER LANG

DOWNLOAD



+

READ ONLINE

2010-02-11Original language:GermanPDF # 1 8.19 x .79 x 5.75l, .0 #File Name: 3631600194308 pages |
File size: 63.Mb

Nils Benjamin Plenge : Die Bedeutung des EG-Beihilfenrechts fr wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungsentscheidungen: Eine Untersuchung am Beispiel ... Universitaires Europennes) (German Edition)

before purchasing it in order to gauge whether or not it would be worth my time, and all praised Die Bedeutung des EG-Beihilfenrechts für wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungsentscheidungen: Eine Untersuchung am Beispiel ... Universitaires Européennes) (German Edition):

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache Altmark Trans stellen Ausgleichsleistungen der öffentlichen Hand zur Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen Beihilfen im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG dar, wenn im Rahmen ihrer Gewährung die vom Gerichtshof entwickelten Altmark-Kriterien nicht eingehalten werden. Damit stellt sich die Frage, welche Bedeutung möglichen Verstößen gegen das EG-Beihilfenrecht im Rahmen mitgliedstaatlicher Verwaltungsentscheidungen zukommt. Dies wirft interessante Fragen des Zusammenspiels der gemeinschaftsrechtlichen und nationalen Rechtsnormen auf, hat aber auch erhebliche Folgeaspekte der Praktikabilität. Am Beispiel personenbeförderungsrechtlicher Genehmigungsverfahren im chronisch defizitären straengebundenen öffentlichen Personennahverkehr untersucht der Autor, ob die Frage beihilfenrechtskonformer Finanzierung bereits Gegenstand wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Genehmigungsentscheidungen sein muss oder ausschließlich der Europäischen Kommission vorbehalten ist. Die Untersuchung kommt nach einer umfassenden Auslegung der einschlägigen Rechtsnormen zu dem Ergebnis, dass eine Pflicht zur Berücksichtigung von Beihilfenfragen bereits im wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Genehmigungsverfahren aus dem Gemeinschaftsrecht und deutschem Verfassungsrecht folgt. Die für den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs im Dezember 2009 in Kraft getretene EG-Verordnung 1370/07 steht diesem Ergebnis nicht entgegen.